Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3237**

16. Wahlperiode 02. 11. 2006

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Gleichstellungspolitische Maßnahmen und Förderprogramme für Frauen an Hochschulen und in der Forschung

Frauen erhielten erst sehr spät den Zugang zu den Hochschulen. Ihr Fehlen über viele Jahre prägt nach wie vor die Form und die Inhalte von Wissenschaft. So legen Forschungsergebnisse bis heute häufig Prämissen über das Verhalten und das Wesen von Menschen zu Grunde, die sich in erster Linie an der Lebensrealität von Männern beziehungsweise „vermännlichten" Eigenschaften orientieren.

Nach wie vor sind Frauen in höheren Qualifikationsphasen an den Hochschulen zahlenmäßig unterrepräsentiert. In den letzten Jahren stieg der Anteil der Frauen unter den Studierenden zwar auf mehr als die Hälfte an. Nach wie vor stellen sie aber weniger als 10 Prozent der C4-Professuren. Für die Bundesregierung ist diese Ungleichheit kein Anlass, gleichstellungspolitische Bemühungen fortzusetzen oder Erhöhungen bei finanziell untersetzen Programmen vorzunehmen. Im Haushaltsentwurf 2007 ist stattdessen beispielsweise vorgesehen, das Fachprogramm „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre" im Rahmen des so genannten Wissenschafts- und Hochschulprogramms (HWP) komplett zu streichen.

Angesichts aktueller hochschulpolitischer Entwicklungen drohen weitere Rückschläge bei den gleichstellungspolitischen Bemühungen: Vor dem Hintergrund geringer werdender Verdienstaussichten und zunehmend wechselhafteren Erwerbsbiographien sind die Auswirkungen der bereits in vielen Bundesländern eingeführten allgemeinen Studiengebühren auf das Studierverhalten junger Frauen und mit Blick auf ihre Rückzahlungsmöglichkeiten ungeklärt.

Ebenso gilt es, die von der Bundesregierung auch in diesem Jahr nicht vorgenommene Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge beim BAföG und die Einführung der neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu überprüfen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. a) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass im Rahmen der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks Fragen zu möglichen geschlechtsspezifischen Benachteilungen mit Blick auf

   – die Gestaltung von Tatbeständen im Rahmen von allgemein erhobenen Studiengebühren, Zweit- und Langzeitstudiengebühren sowie

– Modalitäten bei der Gewährung und Rückzahlung von Studienkrediten, Bildungskrediten und des BAföG

gestellt werden?

Falls ja, welche konkreten Vorschläge und Fragestellungen wird sie unterbreiten?

Falls nein, warum nicht?

b) Auf welche Zahlen und Untersuchungen stützt sich die Bundesregierung in ihrer Behauptung, dass „durch besonders sozial ausgestaltete[n] Rückzahlungsregelungen des BAföG (…) sichergestellt [ist], dass weder Frauen noch Männer in der Rückzahlungsphase benachteiligt werden" (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch u. a. und der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/2435)?

2. a) Gibt es bei der bisherigen Inanspruchnahme der Studien- und Bildungskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau nach Kenntnis der Bundesregierung geschlechtsspezifische Unterschiede?

   b) In welcher Form findet eine kontinuierliche geschlechtspezifische Evaluation der Inanspruchnahme der Studien- und Bildungskredite und des BAföG statt, bzw. ist eine solche geplant?

3. a) Wie schätzt die Bundesregierung die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Studiengebühren auf das Studierverhalten ein (bitte nach Art der Gebühren differenzieren)?

   b) Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass es keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen durch die Einführung von Studiengebühren gibt (z. B. durch Evaluationsverfahren)?

4. Was sind die zentralen gleichstellungspolitischen Forderungen und Vorschläge der Bundesregierung in den Verhandlungen mit den Ländern zum Hochschulpakt 2020?

5. a) Welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen wird die von Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan im Rahmen der Verhandlungen zum Hochschulpakt vorgeschlagen Personalkategorie „Lecturer" aus Sicht der Bundesregierung haben?

   b) Erwartet die Bundesregierung, falls solche „Lecturer-Stellen" eingerichtet werden sollten, eine geschlechtsspezifisch ausgewogene Besetzung (bitte mit Begründung)?

   c) Werden im Rahmen der Verhandlungen zum Hochschulpakt 2020 diese und mögliche weitere neue Stellenkategorien auch in Hinblick auf geschlechterpolitische Fragestellungen diskutiert?

   Falls ja, um welche Personalkategorien geht es und wie ist der genaue Verhandlungsstand?

   Falls nein, warum nicht?

6. a) In welcher Form und mit welcher Finanzausstattung werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Maßnahmen des bisherigen HWP-Programms zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre ab dem kommendem Jahr durch die Länder fortgesetzt?

   b) In welchen Bundesländern geschieht dies gegebenenfalls in leicht abgewandelter Form?

7. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Erhöhung des Frauenanteils in Bachelor- und Masterstudiengängen (insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich) und im Verlauf der weiteren wissenschaftlichen Laufbahn an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (bitte nach Qualifikationsphasen aufgliedern)?

8. a) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um auf eine geschlechterausgewogene Studienfachwahl hinzuwirken?

   b) Fördert die Bundesregierung Programme, die die öffentliche Wertschätzung bisher traditioneller Frauenstudiengänge erhöhen sowie die zu einer erhöhten Attraktivität dieser Fächer und einer Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven für beide Geschlechter führen?

   Falls ja, wie gestalten sich diese Programme?

   Falls nein, warum nicht?

9. a) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Väter zur Kindererziehung während des Studiums zu ermutigen und sie darin zu unterstützen?

   b) In welcher Form unterstützt die Bundesregierung Studierende mit Kindern und insbesondere allein erziehende Mütter während ihres Studiums, und welche weiteren Maßnahmen sind in diesem Bereich geplant?

   c) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der These der 17. Sozialerhebung: „Studierende aus niedrigeren sozialen Schichten haben aufgrund eines höheren Studieneintrittsalters und aufgrund einer längeren Verweildauer an den Hochschulen ein höheres Durchschnittsalter, das sich auf die Wahrscheinlichkeit eigene Kinder zu haben, auswirkt.“?

10. a) Welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen hat das Angebot von Teilzeitstudiengängen aus Sicht der Bundesregierung, und wie bewertet die Regierung diese?

    b) Wie viel Prozent der Studiengänge in Deutschland können derzeit regulär auch in Teilzeit studiert werden?

    c) Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Zahl der Teilzeitstudiengänge in der Bundesrepublik Deutschland zu erhöhen?

11. Hält die Bundesregierung die bisherige Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Diskriminierung bei ihrer Bildungsberichterstattung und Bildungsforschung für ausreichend?

    Falls ja, warum?

    Falls nein, in welchen Bereichen ist eine Ausweitung geplant?

12. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, insbesondere bei Alleinerziehenden, auch in höheren Qualifikationsphasen zu gewährleisten?

13. a) Inwiefern fördert die Bundesregierung Forschung, die einer Erweiterung des inhaltlichen Spektrums um die Kategorie Geschlecht dient, um tradierte Forschungstheorien zu komplettieren?

    b) Wie bewertet die Bundesregierung den zukünftigen Unterstützungsbedarf dieser Art von Forschung?

    c) Welche zentralen Erkenntnisse konnte die Bundesregierung aus Forschungsergebnissen gewinnen, die im Rahmen solcher Forschungsvorhaben erlangt wurden?

d) Wie erfolgreich ist die bisherige Implementierung von Forschungsergebnissen aus den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung in Forschungsprozesse und Lehre gelungen?

e) Hat die Bundesregierung hierzu Evaluationsverfahren etabliert?

Falls ja, welche?

Falls nein, warum nicht?

f) Fragt die Bundesregierung bei der Bewilligung von Forschungsvorhaben ab, ob bei allen Forschungsvorhaben die Kategorie Geschlecht berücksichtigt wird?

Falls ja, nach welchen Kriterien?

Falls nein, warum nicht?

14. a) Wie viel Prozent der im Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgewandten Mittel für Projekte, Forschungsvorhaben, Veranstaltungen etc. stehen für Maßnahmen zur Verfügung, die Diskriminierungen durch traditionelle Arbeitsteilung einerseits und feminisierte Berufe andererseits entgegenwirken?

b) Welche Forschungsvorhaben gibt es im Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Schwerpunkt „Frauen in Führungspositionen“, und welche weiteren sind in den nächsten Monaten geplant?

15. a) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Anteil von Frauen in Forschungseinrichtungen zu erhöhen?

b) Inwiefern wirkt die Bundesregierung auf Forschungsorganisationen ein, um dort den Anteil von Frauen in allen Qualifikationsebenen zu erhöhen?

c) Führen nach Kenntnis der Bundesregierung Forschungsorganisationen Programme oder Konzepte zur Frauenförderung durch?

Falls ja, welche und wie hoch sind die jährlichen Aufwendungen?

Falls nein, warum nicht?

Berlin, den 1. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333